

Energiewende weiter voranbringen: Klarheit schaffen und Potentiale nutzen

Positionen des Solarhandwerks zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025

Der Bundesverband des Solarhandwerks e.V. (BDSH) wurde im Frühjahr 2024 gegründet. Unsere Motivation in der Interessenvertretung ist vor allem die, den ca. 8.000 Solarinstallationsunternehmen vor Ort eine Stimme zu geben und Qualitätsstandards zu setzen. Unsere Mitglieder planen, installieren und warten Photovoltaikanlagen. Diese Unternehmen setzen damit die Energiewende professionell vor Ort um. Sie sorgen dafür, dass eine Dezentralisierung der Energieversorgung erfolgen und noch mehr Solarpotential ausgeschöpft werden kann. Unsere Mitglieder sind dabei bundesweit und segmentübergreifend von Privat-, Gewerbe bis hin zu Freiflächenanlagen tätig. Sie bekennen sich durch Verbandsbeitritt zu unserem Verhaltenskodex und erfüllen unsere Beitrittskriterien.

Die derzeit geführten politischen Diskussionen zur Zukunft des Ausbaus der Erneuerbaren sowie zur Förderung des Solarausbaus drohen die Energiewende auszubremsen. Es herrscht Verunsicherung und Zurückhaltung, vor allem bei (potenziellen) Kundinnen und Kunden, die grundsätzlich an einem eigenen Beitrag und Investment in die Erneuerbaren Energien interessiert sind.

Diese Entwicklung trifft unsere Branche unmittelbar in Form von eines starken Nachfrage-rückgangs vor allem im Bereich von PV-Kleinanlagen, wie sich erst vor wenigen Wochen im Rahmen einer von uns durchgeführten Umfrage zeigte ([siehe Newsroom des BDSH](#)). Wenn die Energiewende konsequent weitergeführt werden soll, muss es neue Impulse und angemessene Rahmenbedingungen gerade für dieses Segment geben.

Aus dieser Situation ergibt sich dringender Handlungsbedarf, den wir im Kontext der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 in folgenden Punkten zusammengefasst haben:

1. Klares Bekenntnis zur Energiewende

Ohne eine klare und kohärente energiepolitische Ausrichtung der Bundespolitik droht die Energiewende ins Stocken zu geraten, und die bisherigen Ausbauziele für erneuerbare Energien könnten verfehlt werden.

Was jetzt dringend gebraucht wird, ist eine zukunftsorientierte und entschlossene Politik, die moderne und flexible Strukturen zur Integration erneuerbarer Energien fördert und gleichzeitig für den notwendigen Ausbau der Infrastruktur sorgt. Es liegt an allen Parteien, gemeinsam zeitnahe und tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Besonders im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen – wie bei der noch ausstehenden Novelle des EnWG und EEG – herrscht derzeit große Unsicherheit, die dringend beseitigt werden muss, um den Fortschritt nicht zu gefährden.

2. Unsicherheiten nehmen

Unternehmen und Verbraucher sind durch die gegenwärtige politische Situation stark verunsichert, was sich direkt auf die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende auswirkt.

Diese Unsicherheit hat massive Auswirkungen auf den Solarmittelstand: Existenzen und Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Wenn keine klaren Rahmenbedingungen vorgegeben werden, sinkt die Bereitschaft, in erneuerbare Energien zu investieren.

Ohne private Investitionen und eine verlässliche finanzielle Perspektive wird die Energiewende nicht gelingen. Es braucht klare und stabile politische Entscheidungen, um das Vertrauen und die Handlungsbereitschaft aller Beteiligten zurückzugewinnen.

3. Potenziale ausschöpfen und neue Bereiche erschließen

In Deutschland werden bereits viele Groß- und Freiflächenphotovoltaikanlagen umgesetzt. Für eine ganzheitliche Energiewende müssen auch Dachflächen stärker genutzt werden – sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich. Zusätzlich gibt es durch Energiegemeinschaften und Mieterstrommodelle weiteres unerschlossenes Potenzial. Das im Frühjahr verabschiedete Solarpaket hat hier erste Grundlagen geschaffen, doch viele dieser Möglichkeiten sind noch weitgehend unbekannt.

Eine umfassende Informationskampagne ist notwendig, um auf die Vorteile dieser Modelle hinzuweisen und „Win-Win“-Situationen für Stromerzeuger und -verbraucher aufzuzeigen. Gleichzeitig muss die Kombination von PV-Anlagen mit intelligenten

Speichersystemen vereinfacht werden. Dadurch können dynamische Marktmodelle besser unterstützt und der netzdienliche Einsatz von Solarstrom gefördert werden.

Mit diesen Maßnahmen könnte ein echter Durchbruch bei der Dezentralisierung der Energieversorgung erzielt werden.

4. (Neue) Anreize setzen und Hürden abbauen

Potenzielle PV-Kunden achten zu Recht auf einen wirtschaftlichen Betrieb ihrer PV- und Speicheranlage. Die Diskussionen rund um den Stopp einer garantierten Einspeisevergütungen (ob „nur“ bei negativen Strompreisen oder darüber hinaus) hat massive negative Auswirkungen, die die oben angesprochene Verunsicherung verstärkt.

Diese Hürde gilt es, schnellstmöglich zu beseitigen. Denn die Rentabilität einer Solaranlage ist nicht in erster Linie an die Einspeisevergütungen gekoppelt, hier spielen auch andere Faktoren eine große Rolle. Vor allem würde mit der Sicherstellung einer netzdienlichen Verwendung des Solarstroms gewährleistet, dass neue Anreize geschaffen werden.

Hierfür braucht es allerdings die richtigen Rahmenbedingungen und angemessene Infrastrukturen. In diesen Bereichen besteht erheblicher Nachholbedarf.

5. Bestehende PV-Anlagen zur Entlastung der Netze nutzen

In den frühen Jahren des EEG wurden Photovoltaikanlagen aufgrund der hohen Einspeisevergütung vor allem als Volleinspeiseanlagen verbaut. Diese laufen nun langsam aus der Einspeisevergütung aus. Hier steckt enormes Potenzial, wenn diese Anlagen mit einem Heimspeicher auf eine Eigenverbrauchsanlage umgerüstet werden. Das sind alle Anlagen, die noch bis 31.12.2029 laufen. Nach dem 01.01.2010 konnte man zwar den Strom auch selbst nutzen, trotzdem wurden in den ersten Jahren viele Solaranlagen ohne Speicher installiert.

Durch eine Umrüstung könnten die Kilowattstunden, welche ins Netz eingespeist werden, stattdessen in den Eigenheimen verwendet werden. Das entlastet nicht nur die Netze, sondern bringt uns auch auf dem Weg der Mobilitäts- und Wärmewende deutlich weiter.

Eigenverbrauchsanlagen werden nämlich in der Regel um Wärmepumpen und Elektroautos ergänzt, um die Vorteile des Solarstroms ganzheitlich zu nutzen.

6. Stromspeichernutzung

In den deutschen Haushalten schlummert enormes Potential. 1,3 Millionen Heimspeicher sind bislang in Deutschland verbaut worden. Diese sorgen bei ihren Besitzern für einen angehobenen Autarkiegrad und entlasten zudem die Netze.

Es braucht bürokratiearme Regelungen, um diese Speicher auch für sogenannte virtuelle Kraftwerke zu nutzen. Dabei werden die Speicher miteinander verbunden, sowie gezielt be- und entladen, je nach Grad der Solarstromerzeugung und Notwendigkeit von Strom in den Haushalten.

Wir benötigen daher eine Netzinfrastruktur, die der Nutzung smarter Energiemanagementsysteme den Weg ebnet.

Die am Ende dieser Legislaturperiode angestoßenen Gesetzesnovellen, vor allem im Bereich des EnWG/EEG, wurden nach dem „Ampel-Aus“ aufgrund fehlender Mehrheiten noch nicht zum Abschluss und zur Umsetzung gebracht. Das verabschiedete Solarpaket hat zwar in Teilbereichen Fortschritte erzielt (insbesondere bei der Förderung von „Balkonkraftwerken“ und einer ersten Vereinheitlichung von Netzanschlussbedingungen), allerdings keine wesentlichen Erleichterungen für die Betriebe im Solarhandwerk bzw. im Aufdachbereich gebracht.

Daher ist unsere Erwartungshaltung, dass die Parteien gerade in Bezug auf die oben genannten Punkte nicht nur im Wahlkampf klare Perspektiven aufzeigen, sondern sich bei neuen Mehrheiten im Deutschen Bundestag schnellstmöglich mit diesen für uns bedeutenden Themen auseinandersetzen und Lösungsvorschläge auf den Weg bringen. Als Sparringspartner aus der Praxis stehen wir in diesem Prozess gern zur Verfügung.

Kontakt:

Bundesverband des Solarhandwerks e.V.

Torben L. Brodersen

Geschäftsführer

torben.brodersen@bdsh.solar

Tel.: 030/81452580